<http://www.4mouslim.com/akhbar/4229/%D9%85%D8%BA%D8%A7%D8%B1%D8%A8%D8%A9-%D8%A5%D8%B3%D8%A8%D8%A7%D9%86%D9%8A%D8%A7-%D9%82%D9%84%D9%82%D9%88%D9%86-%D9%85%D9%86-%D9%82%D8%A7%D9%86%D9%88%D9%86-8220%D9%8A%D8%AC%D8%B1%D9%858221-%D9%85%D8%B3%D8%A7%D8%B9%D8%AF%D8%A9-%D8%A7%D9%84%D9%85%D9%87%D8%A7%D8%AC%D8%B1%D9%8A%D9%86-%D8%A8%D9%84%D8%A7-%D9%88%D8%AB%D8%A7%D8%A6%D9%82-%D9%88%D9%85%D8%BA%D8%A7%D8%B1%D8%A8%D8%A9-%D9%81%D8%B1%D9%86%D8%B3%D8%A7-%D9%8A%D8%AE%D9%84%D8%B5%D9%87%D9%85-%D9%85%D9%86%D9%87-%D9%87%D9%88%D9%84%D8%A7%D9%86%D8%AF>

10.01.2013, 4Mouslim.com

Es „kriminalisiert“ Hilfe für Einwanderer ohne Papiere während Hollande die Maghrebener¹ Frankreichs davon befreit
Gesetz beunruhigt Maghrebener² Spaniens

Während Paris beschlossen hat, ein Gesetz zur Bestrafung eines jeden zurück zu nehmen, der einen Migranten ohne Aufenthaltspapiere aufnimmt oder ihm hilft, treibt Madrid einen Gesetzesentwurf voran, der darauf ausgerichtet ist, Personen zu kriminalisieren, die „klandestinen“ Migranten helfen, und sie mit Haft von möglicherweise bis zu zwei Jahren bestraft. Der Gesetzesentwurf der spanischen Regierung hat neben einer großen Debatte in dem Land scharfe Kritik von Gruppen der Zivilgesellschaft hervorgerufen, die sich für die Rechte der Migranten einsetzen. Die maghrebischen³ Einwanderer – sowie weitere in Spanien lebende Communities – sind stark beunruhigt wegen dieses Gesetzes. Sie betrachten es als eine Quelle der Bedrohung für ihren familiären und sozialen Zusammenhalt.

Die Gesetzesänderung, deren Federführung beim spanischen Justizministerium liegt, berührt das Straf- und das Ausländergesetz. Sie stellt die Aktivitäten von Organisationen und Einzelpersonen unter Strafe, die Nicht-EU-Ausländern ohne Aufenthaltspapiere Hilfe leisten. Daraus resultiert die Festnahme für Helfer und Menschen, die sich solidarisieren, sowie die Verurteilung zu einer Geldstrafe oder zu Haft bis zu zwei Jahren. Eine solche Art von Hilfe kann darin bestehen, dass man einem Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere in seinem Haus Unterkunft gewährt oder sein Haus an Einwanderer mit „illegalem“ gesetzlichen Status vermietet.

Der Gesetzesentwurf hat in Spanien für eine große Debatte gesorgt. Organisationen der Zivilgesellschaft, die in den Bereichen Migration und Menschenrechte aktiv sind, lehnten ihn eilends ab und übten scharfe Kritik. Sie betrachten ihn als ein Gesetz, das „gegen die Werte der Solidarität und der Humanität zielt“. Zudem sind sie der Meinung, dass es an eines der Menschenrechte rührt sowie gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und internationale Menschenrechtsabkommen verstößt.

Eine spanische zivilgesellschaftliche Organisation hat beschlossen, Öffentlichkeitsarbeit zu machen, indem sie eine Kampagne organisiert mit dem Titel „Lasst uns die Solidarität und die Humanität retten!“. Auf diese Weise will sie die Regierung Mariano Rajoy zwingen, das Gesetz zu stoppen und zurückzuziehen.

Auch die Migranten in Spanien kritisieren den umstrittenen Gesetzesentwurf. Ihrer Ansicht nach rührt er an ihr soziales Leben. Denn sie meinen, dass [diesem Gesetzesentwurf zufolge] einem jeden Einwanderer Gefängnis drohe, der seinem Bruder, seiner Schwester oder einem Verwandten Unterkunft gewährt, der keine Aufenthaltspapiere hat

1 Eine ebenso mögliche alternative Übersetzung wäre „Marokkaner Frankreichs“, Anm. d. Übers.

2 Eine ebenso mögliche alternative Übersetzung wäre „Marokkaner Spaniens“, Anm. d. Übers.

3 Eine ebenso mögliche alternative Übersetzung wäre „marokkanische Einwanderer“, Anm. d. Übers.

beziehungsweise nicht mehr hat, weil er sie in Ermangelung eines Jobs nicht verlängern lassen konnte.

Einige maghrebische⁴ Einwanderer, die in Spanien infolge der Wirtschaftskrise ihren Aufenthaltstitel verloren haben, sehen sich nun von diesem Gesetz bedroht. Selbst ihre Verwandten mit legalem Aufenthaltsstatus haben das Gefühl, dass der Gesetzesentwurf sie ins Visier nimmt.

Schon die Regierung Zapatero hatte 2009 beschlossen, ein Gesetz zu formulieren, das demjenigen, welches die Regierung Mariano Rajoy zur Zeit vorantreiben will, ähnelte. Doch eine zivilgesellschaftliche und soziale Bewegung, getragen von Migrations- und Menschenrechtsgruppen, hatte die spanische Regierung damals gezwungen, von jenem Gesetz Abstand zu nehmen. Ihm zufolge wäre jegliche Hilfe für Einwanderer ohne Papiere, und sei sie humanitärer Natur, unter Strafe gestellt worden.

Demgegenüber setzte die französische Regierung vergangenen Mittwoch ein Gesetz außer Kraft, das dem spanischen, im Justizministerium der Regierung Rajoy entstandenen Gesetz ähnelte. Das französische Gesetz betrachtete „jeden, der einen illegalen Einwanderer beherbergt als Delinquenten“. Zwar war es seit 1945 in Kraft, streng angewandt wurde es jedoch erst 2007 – nachdem der rechte französische Präsident Nicolas Sarkozy an die Macht gekommen war.

Menschenrechtsgruppen waren der Ansicht gewesen, das Gesetz verhindere humanitäre Aktivitäten. Ihrer Meinung nach ist Hilfe für illegale Einwanderer menschliche Solidarität. So sieht es beispielsweise auch Claudine Mouny⁵ vom Verein „Salam“⁶. Sie sagt: „Es macht keinen Sinn, dass du bestraft wirst, nur weil du einem Menschen geholfen hast“.

Das Strafmaß betrug bis zu fünf Jahre Haft und sah Geldstrafen bis circa 30.000 Euro vor.

[...]

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl von Ossietzky-Universität.

4 Siehe FN 3.

5 Die genaue Schreibweise dieses Namens ist unklar, Anm. d. Übers.

6 Dieses arabische Wort bedeutet „Frieden“, Anm. d. Übers.